

Sofortinformation

Sitzung des Bundesausschusses am 20. und 21. Februar 2016 in Berlin

Am 20. und 21. Februar kam der Bundesausschuss in Berlin zu seiner ersten und somit konstituierenden Beratung für die Amtszeit der Jahre 2016 und 2017 zusammen. Damit beginnt die fünfte Amtszeit des Bundesausschusses der Partei DIE LINKE.

Zu Beginn der zweitägigen Beratung wählten die Vertreterinnen und Vertreter, nach Abstimmung über Tages- und Wahlordnung, Barbara Borchardt (BAG Betrieb & Gewerkschaft), Nicole Fritsche-Schmidt (Nordrhein-Westfalen), Alexander Kautz (Baden-Württemberg), Swen Knöchel (Sachsen-Anhalt), Angelika Mai (Berlin) und Artur Pech (Brandenburg) als neues Bundesausschusspräsidium.

Bundesgeschäftsführer Matthias Höhn begrüßte den Bundesausschuss und beglückwünschte alle Vertreterinnen und Vertreter zu ihrer Wahl. Er informierte über die aktuellen Landtagswahlkämpfe in Baden-Württemberg, Sachsen-Anhalt und Rheinland-Pfalz und zu den Kommunalwahlen in Hessen. Besorgniserregend sei der Rechtsruck in der deutschen Gesellschaft und Matthias Höhn appellierte an alle Mitglieder der LINKEN sich diesem entgegen zu stellen. Er bedankte sich erneut für das Engagement der vielen ehrenamtlichen Helfer, welche sich trotz der Zuspitzung weiterhin für Flüchtlinge einsetzen. Mit Blick auf den Parteivorstand im Mai informierte Matthias Höhn den Bundesausschuss über den Beschluss des Parteivorstandes drei Leiteträge zu den Schwerpunkten „Solidarität gegen den Rechtsruck!“, „Soziale Offensive und Flucht“ und „Frieden“ zu erarbeiten.

Cornelia Ernst berichtete für die Delegation der LINKEN im Europäischen Parlament über die aktuelle Europapolitik. Sie kritisierte die aktuelle „Gipfelpolitik“ der EU Staatsoberhäupter, die ohne parlamentarische Beteiligung weitreichende Beschlüsse zu Flüchtlingspolitik, EU Außengrenzen und der Einschränkung der Freizügigkeit innerhalb des Schengen Raums fassen. Judith Benda und Claudia Haydt, Mitglieder im Vorstand der Europäischen Linken, kritisierten die Politik der Bundesregierung in Mittel- und Osteuropa. Die Idee eines sozialen Europas würde immer weiter in den Hintergrund gedrängt. An den Bundesausschuss stellten sie konkreten Fragen: Wie kann die EL in den Landesverbänden stärker verankert werden und wie sind die bisherigen Erfahrungen mit der EL?

Frank Tempel, Mitglied im Deutschen Bundestag erläuterte seine Erwartungen zur zukünftigen Zusammenarbeit zwischen Bundesausschuss und Fraktion. Neben der Bekämpfung der Fluchtursachen sah er es als besonders dringlich an die Kommunen bei der Integration der geflohenen Menschen aus dem Bundeshaushalt zu entlasten. Nach der anschließenden Diskussion verständigte sich der Bundesausschuss zu seiner Geschäftsordnung und seiner zukünftigen Arbeitsweise.

Am zweiten Tag der Sitzung informierte Bundesschatzmeister Thomas Nord über die Einnahmen- und Mitgliederentwicklung der Bundespartei und Landesverbände und präsentierte die Finanzplanung 2016, welche nach einer anschließenden Diskussion einstimmig beschlossen wurde.

Am Ende der Sitzung verständigten sich die Bundesausschussmitglieder zu den Vorschlägen für die weiteren Sitzungstermine des Bundesausschusses im Jahr 2016.

*Präsidium des Bundesausschusses:
Barbara Borchardt (BAG Betrieb & Gewerkschaft)
Nicole Fritsche-Schmidt (Nordrhein-Westfalen)
Alexander Kautz (Baden-Württemberg)
Swen Knöchel (Sachsen-Anhalt)
Angelika Mai (Berlin)
Artur Pech (Brandenburg)*